



## Presseinformation

Nr. 293/2010

Kiel, Dienstag, 9. September 2010

Kirche / Staatsleistungen

### Katharina Loedige: Kirche sollte sich nicht vor den Verhandlungen festlegen

Zu den Äußerungen des Bischofs Gerhard Ulrich auf dem Jahresempfang der Nordelbischen Kirche sagte die finanzpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Katharina Loedige**:

„Ich bin erstaunt darüber, dass Bischof Ulrich auf dem Jahresempfang der Nordelbischen Kirche die Ergebnisse der bevorstehenden Gespräche mit dem Land vorweggenommen und offenbar jegliche Senkung der staatlichen Zuschüsse abgelehnt hat. Sein Hinweis, die Kirche leiste mit dem Geld ‚vielfältige Beiträge zum Gemeinwohl‘ darf nicht über den eigentlichen Verwendungszweck der Landesgelder hinwegtäuschen. Hier geht es nicht um Kindertagesstätten oder Pflegeeinrichtungen – die im 1957 vereinbarten Kirchenstaatsvertrag vorgesehenen Dotationen sind insbesondere für die Pfarrbesoldung und -versorgung sowie für die Unterhaltung der Kirchen vorgesehen.“

Von ursprünglich 2,9 Millionen D-Mark seien die Dotationen mittlerweile auf rund 12 Millionen Euro angewachsen, so Loedige weiter. „Die Koalition aus FDP und CDU hat ein beispielloses Konsolidierungspaket auf den Weg gebracht, um die hohe Staatsverschuldung zu stoppen und so die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder zu sichern. Es kann nicht angehen, dass die staatlichen Leistungen für die Kirche bei den Anstrengungen ausgeblendet werden und die Steuerzahler unabhängig von jeglicher Religionszugehörigkeit weiterhin unvermindert unter anderem für die Versorgung von Pastoren aufkommen müssen“, so Loedige. „Ich hoffe sehr, dass sich die Kirchen ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung bewusst sind und Reduzierungen der staatlichen Subventionen nicht bereits vor den Gesprächen rundweg ablehnen“, sagte Loedige abschließend.

**Wolfgang Kubicki**, MdL  
Vorsitzender

**Katharina Loedige**, MdL  
Stellvertretende Vorsitzende

**Günther Hildebrand**, MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer

www.fdp-sh.de